



Thomas Straubhaar, Michael Bräuninger

Wege zur Vollbeschäftigung

Gutachten des Hamburgischen
WeltWirtschaftsinstituts (HWWI)

ZUSAMMENFASSUNG DES GUTACHTENS „WEGE ZUR VOLLBESCHÄFTIGUNG“

des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI)

Von Christina Boll, Michael Bräuninger, Jörg Hinze, Alkis Otto, Friso Schlitte,
Thomas Straubhaar und Ulrich Zierahn, Hamburg, April 2011

Verantwortlich für die Zusammenfassung: Michael Bräuninger und Thomas Straubhaar

VORWORT

Der deutsche Arbeitsmarkt wird 2011 neue Rekorde erzielen. So gilt es als wahrscheinlich, dass die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt unter drei Millionen sinken wird, nachdem diese Schwelle bereits im Oktober 2010 kurzzeitig unterschritten wurde. Die Arbeitslosigkeit wird damit den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung erreichen. Auch eine Rekordbeschäftigung von über 41 Millionen Menschen gilt als sicher. All dies geschieht zwei Jahre nach einer Finanz- und Wirtschaftskrise, die den stärksten Konjunkturunbruch der deutschen Nachkriegsgeschichte zur Folge hatte.



Hubertus Pellengahr

Ausländische Medien waren die ersten, die beim Vergleich von Deutschland mit seinen europäischen Nachbarn und den USA von einem Jobwunder berichteten. Doch so großartig diese Entwicklung ist, ist sie doch kein Wunder, sondern Ergebnis mutiger Entscheidungen. Es war mutig von der Regierung, mit Verlängerung der Kurzarbeit in der Krise gegenzuhalten. Es war mutig von den Arbeitgebern, Mitarbeiter zu halten, obwohl die Aufträge ausblieben. Und es war mutig von den Gewerkschaften, der Beschäftigungssicherung Vorrang zu geben.

Das Gutachten des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) „Wege zur Vollbeschäftigung“, das Ihnen hier als Kurzfassung vorliegt, belegt dieses Zusammenwirken und mahnt gleichzeitig, dass sich diese günstige Entwicklung nicht ohne Weiteres fortsetzen wird. Wir stehen vor alten und neuen Herausforderungen: Strukturwandel, Alterung der Bevölkerung, steigende Staatsschulden und Sozialausgaben und auch externe Schocks wird es immer wieder geben, wie etwa der Tsunami in Japan und dessen Folgen. Aus dem HWWI-Gutachten geht aber auch klar hervor, dass Politik, Unternehmen und Arbeitnehmer es in der Hand haben, ob die Arbeitslosigkeit von Rezession zu Rezession steigt oder ob wir eine nachhaltig hohe Beschäftigung erreichen, die jedem Arbeitnehmer, Berufsanfänger und Arbeitssuchenden mehr Chancen und Möglichkeiten bietet als je zuvor.

Die Wege dorthin erfordern Flexibilität und keine Regulierung. Sie beruhen auf Tarifautonomie und nicht auf Mindestlöhnen. Sie erfordern die Entlastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie basieren auf beschäftigungsorientierter Tarifpolitik und zukunftssichernder Bildung sowie Maßnahmen, welche die Langzeitarbeitslosigkeit an ihren verschiedenen Wurzeln anpacken. Und es geht letztlich auch um die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Ich bin überzeugt, dass wir in diesem Jahrzehnt die Chance haben, die Dauerarbeitslosigkeit hinter uns zu lassen. Die Soziale Marktwirtschaft funktioniert, wenn alle mitmachen – Politik, Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Dr. H. Pellengahr

INHALT

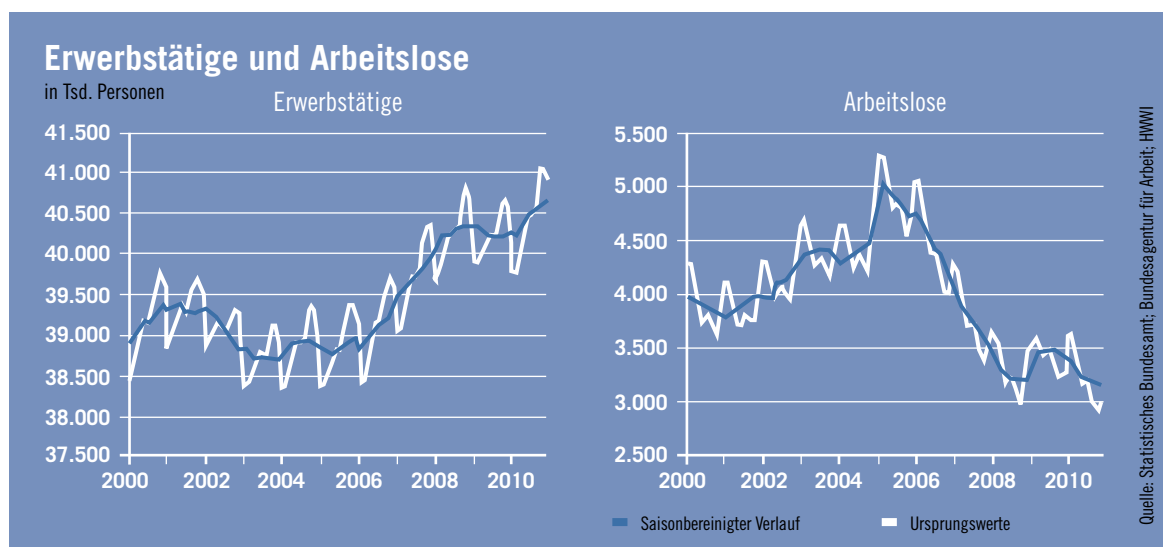
Deutschland nach der Finanz- und Wirtschaftskrise	5
Arbeitsmarkt seit 2005	6
Demografie und Arbeitsmarkt	7
Regionale Arbeitsmarktdisparitäten	9
Die Dynamik des deutschen Arbeitsmarkts	11
<hr/>	
Politik für Vollbeschäftigung	12
Vollbeschäftigung in Sicht	12
Einstellungschancen von Älteren verbessern	13
Mehr Chancen für gering Qualifizierte	14
Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken	15
Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen	16
Effiziente Regionalpolitik – Unterschiede zulassen	17
<hr/>	
Lohnentwicklung, Wachstumsszenario und Beschäftigung	18
Lohnentwicklung und Vollbeschäftigung	18
Zugrunde liegendes Wachstumsszenario	19
Alternative Wachstumsszenarien	19
<hr/>	
Literatur	20
<hr/>	
Inhalt der gesamten Studie	21
<hr/>	
Publikationen	22
<hr/>	
Impressum	23

DEUTSCHLAND NACH DER FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE

Voller Bewunderung schaut die Welt auf Deutschland. Als „The German Miracle“ wird bezeichnet, was sich hierzulande abspielt. Das für die meisten schon zur Utopie gewordene Ziel der Vollbeschäftigung könnte bereits in wenigen Jahren Wirklichkeit werden. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich bereits der Drei-Millionen-Grenze angenähert und diese zeitweise sogar unterschritten. Noch bemerkenswerter ist es, dass fast 41 Millionen Menschen beschäftigt sind – mehr als jemals zuvor im geeinten Deutschland. Eine solche Entwicklung verblüfft, weil dieser Rekord trotz einer Globalisierung zustande kommt, von der Pessimisten immer befürchtet haben, dass sie zu einer Verlagerung der Jobs in Billiglohnländer führe. Und der Beschäftigungserfolg ist möglich, obwohl der Strukturwandel beschleunigt voranschreitet, der doch viele Skeptiker dazu bewogen hatte, von einem Ende der Arbeit zu reden. Nichts davon ist geschehen. Die südasiatischen Billigarbeiter haben deutsche Facharbeiter nicht verdrängt, sondern ergänzt. Und Maschinen haben den Menschen nicht ersetzt, sondern leistungsfähiger werden lassen.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat die Finanz- und Wirtschaftskrise gemessen an deren Ausmaß gut überstanden, vielfach ist vom „deutschen Jobwunder“ die Rede. Die Beschäftigungsentwicklung der vergangenen Jahre ist weder mit früheren Abschwungphasen vergleichbar noch mit den wesentlich ungünstigeren Entwicklungen in den meisten anderen Industrieländern. Obwohl die gesamtwirtschaftliche Produktion noch nicht ganz wieder das Vorkrisenniveau von Anfang 2008 erreicht hat, verbesserte sich die Arbeitsmarktlage sogar darüber hinaus.

Abbildung 1:



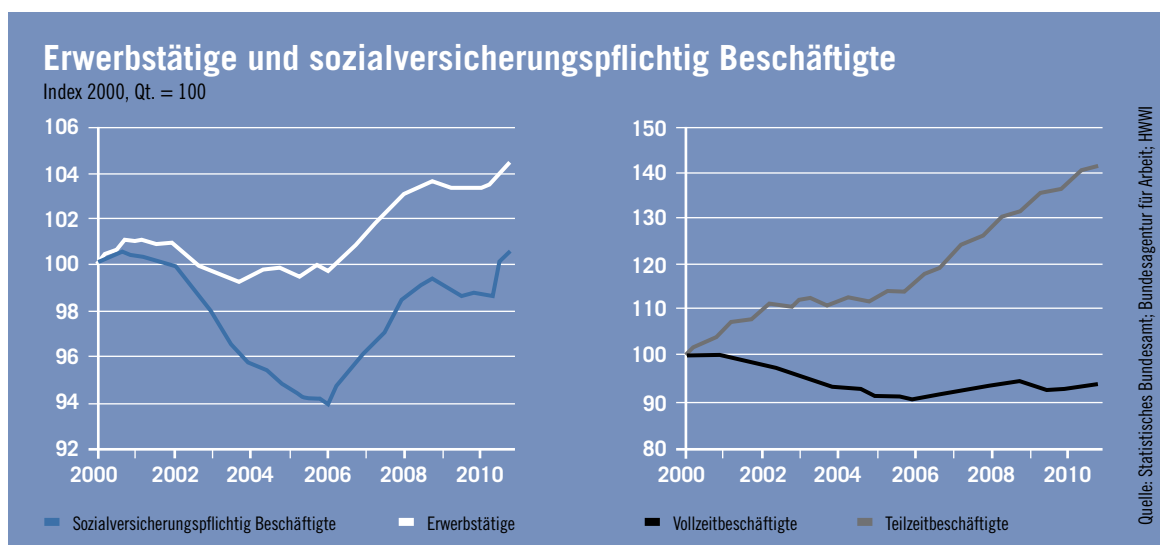
Die Erklärung des deutschen Beschäftigungswunders hat mehrere Gründe. So sind die deutschen Unternehmen international hoch wettbewerbsfähig. Entsprechend robust ist die Absatzentwicklung und damit die Beschäftigungslage. Dabei ist die weltweite Technologieführerschaft mancher deutscher Firmen, vor allem vieler kleiner und mittelständischer Unternehmen, wesentlich für diese Entwicklung. Anders als Großbritannien oder Irland, die auf Dienstleistungen und insbesondere Finanz- und Kapitalmärkte gesetzt haben, ist Deutschland ein Industrieland geblieben. Das bedeutet aber nicht einen Verzicht auf Dienstleistungen. Doch im Kern steht immer noch die industrielle Wertschöpfung. Sie wird durch industrienahe Dienstleistungen und Software ergänzt. Zusammen bilden industrielle Hardware und industriebezogene Software eine perfekte Symbiose, die weniger in Form von Produkten als vielmehr in klug durchdachten Prozessketten daherkommt. Dies sorgt für stabile Beschäftigungsverhältnisse auch bei konjunkturell schwierigen Umständen. Die Lohnzurückhaltung und die – als Folge davon – gegenüber der Konkurrenz attraktiver gewordenen Lohnstückkosten haben dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

In der Wirtschaftskrise 2008/09 ist die industrielle Produktion um ein Viertel und das Bruttoinlandsprodukt um fast vier Prozent eingebrochen. Dennoch ist die Beschäftigung weitgehend stabil geblieben und die Arbeitslosenzahl kaum gestiegen. Die staatlich geförderte Kurzarbeit hat dazu maßgeblich beigetragen. Darüber hinaus wurden aber auch Arbeitszeitkonten genutzt, um die Beschäftigten in den Betrieben zu halten. Hier zeigt sich, dass den Arbeitgebern stärker als in früheren Abschwungsphasen bewusst ist, wie sehr sie auf das Wissen und die spezifischen Fähigkeiten ihrer Belegschaften angewiesen sind. Um dieses für den langfristigen Betriebserfolg unverzichtbare Humankapital nicht wegen kurzfristiger Krisen zu verlieren, „horteten“ sie qualifizierte Arbeitskräfte. Firmen behalten ihre Fachkräfte auch unter schwierigen Umständen, um für den nächsten Aufschwung gerüstet zu sein und um die Produktion rasch wieder nach oben fahren zu können. Deshalb wurden Kurzarbeit und Arbeitszeitkonten auch im Interesse der Unternehmen so häufig als Flexibilisierungsmaßnahmen gewählt. Aus Sicht der Betriebe spielt dabei die nun langsam spürbare demografische Entwicklung eine verstärkende Rolle. Die schrumpfende Zahl jüngerer Menschen lässt einen Fachkräftemangel entstehen. Dadurch werden ältere Arbeitnehmer wertvoller und es wird attraktiver, bei vorübergehender Unterauslastung Belegschaften länger zu halten sowie auf Entlassungen zu verzichten.

Arbeitsmarkt seit 2005

Der seit fünf Jahren vorherrschende positive Trend bei der Beschäftigung hat sich 2010 und Anfang 2011 fortgesetzt. Noch zu Jahresbeginn 2005 waren mehr als fünf Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos. Und nicht nur die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist gesunken, sondern auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit. Der deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit spiegelt die ebenso positive Entwicklung der Beschäftigung wider. Die Zahl der Erwerbstätigen ist während der vergangenen fünf Jahre um beinahe zwei Millionen auf fast 41 Millionen gestiegen. Davon profitierte zum größten Teil die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die sich in dieser Zeit von etwas mehr als 26 auf knapp 28 Millionen erhöhte und damit wieder das Niveau des Jahres 2000 erreichte. Der Anstieg kam hier zu einem Drittel Vollzeitbeschäftigten und zu zwei Dritteln Teilzeitbeschäftigten zugute. Im Verlauf des Jahres 2010 wurden aber wieder mehr Arbeitsplätze für Vollzeitbeschäftigte geschaffen. Von den fast eine halbe Million Stellen, die bis Ende 2010 neu geschaffen wurden, waren nahezu 300.000 Vollzeit- und etwas über 200.000 Teilzeitarbeitsplätze.

Abbildung 2:



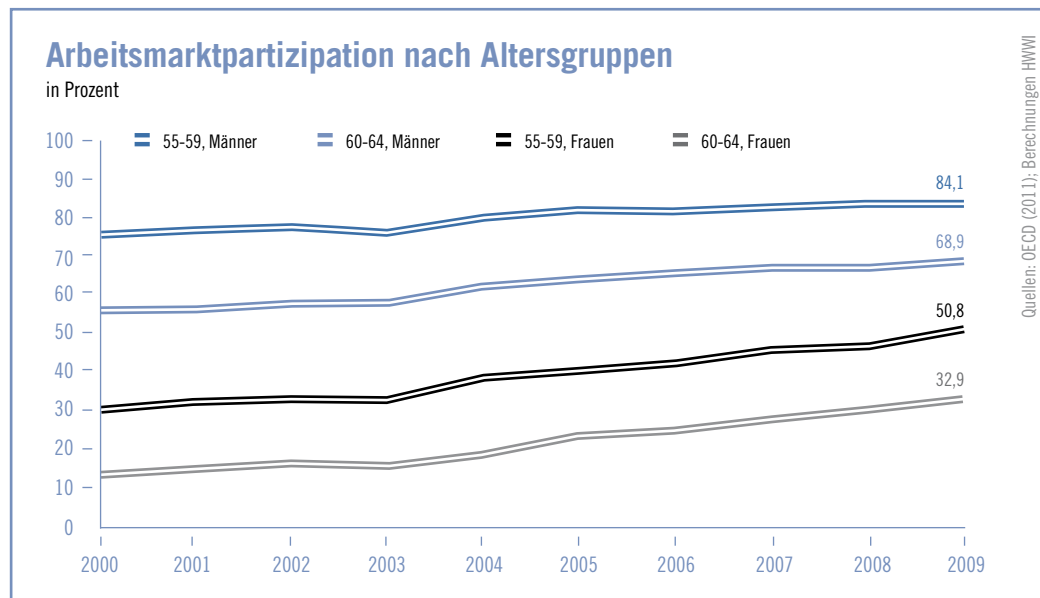
Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung hat nach ihrem sprunghaften Anstieg im Anschluss an die Hartz-Reformen in den Jahren 2003/2004 auf fast fünf Millionen Personen nur noch wenig zugenommen. Dass die geringfügige Beschäftigung während der Finanz- und Wirtschaftskrise noch leicht ausgeweitet wurde, während die Erwerbstätigkeit insgesamt zurückging, lag aber wohl nicht zuletzt an Substitutionseffekten. Rückläufig war zuletzt die Zahl der sogenannten 1-Euro-Jobber (Arbeitslosengeld-II-Empfänger in Arbeitsgelegenheiten). Auch wenn damit insgesamt die Zahl der durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen geförderten Personen nun zurückgeht, ist sie mit knapp 1,5 Millionen immer noch beachtlich.

Demografie und Arbeitsmarkt

Für die Prognose der Arbeitslosigkeit müssen sowohl Arbeitsangebot als auch die Arbeitsnachfrage analysiert werden. Eine zentrale Determinante des Arbeitsangebots ist die demografische Entwicklung. Dabei ist die Bevölkerungsentwicklung nur mit hoher Unsicherheit zu prognostizieren. So gibt es insgesamt zwölf Varianten der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts. Die Schätzunsicherheit nimmt dabei im Zeitablauf zu. Für das Jahr 2020 liegt zwischen der höchsten und niedrigsten Variante eine Bevölkerungsdifferenz von über 800.000 Personen. Dies entspricht auch etwa der Differenz der Schätzung der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 65 Jahre). Für das Arbeitsangebot ist nun entscheidend, welcher Teil der Bevölkerung dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Dabei sind die Erwerbsquoten zum Teil durch gesellschaftliche Konventionen, zum Teil durch institutionelle Regeln wie Schulzeiten oder das Renteneintrittsalter bestimmt und zum Teil auch von ökonomischen Prozessen abhängig. In den vergangenen Jahren wurden einige Reformen eingeleitet, die potenziell zu höheren Erwerbsquoten führen werden. So wurden Schul- und Ausbildungszeiten tendenziell verkürzt und Möglichkeiten zum Vorruhestand vermindert.

Abbildung 3 zeigt die Entwicklung der Erwerbsquote von älteren Arbeitnehmern. Diese Erwerbsquoten sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, sodass sie jetzt oberhalb des OECD-Durchschnitts liegen. Teilweise ist dies auf die genannten Reformen zurückzuführen. Darüber hinaus steigen die Quoten auch generell, wenn sich die Lage am Arbeitsmarkt verbessert.

Abbildung 3:



Für die weitere Entwicklung der Arbeitslosigkeit wird mitentscheidend sein, wie sich der Trend bei den Erwerbsquoten fortsetzt. Es könnte dabei argumentiert werden, dass höhere Erwerbsquoten in bestimmten Bevölkerungsgruppen zu einem höheren Arbeitsangebot und deshalb zu höherer Arbeitslosigkeit führen. Folglich würde die Vollbeschäftigung in weite Ferne gerückt. Diese Argumentation greift in verschiedener Hinsicht zu kurz. Zum Ersten: Vollbeschäftigung muss immer an den Wünschen zur Erwerbstätigkeit bemessen werden. Sofern zusätzliche Personengruppen am Arbeitsmarkt partizipieren wollen, erhöht das nicht nur deren Wohlfahrt, sondern auch die gesamtwirtschaftliche. Dabei ist zum Zweiten zu bedenken, dass nicht alle Teilnehmer am Arbeitsmarkt substitutiv zueinander sind. Im Fall von komplementären Fähigkeiten kann die zusätzliche Erwerbsbeteiligung und -tätigkeit zu zusätzlicher Beschäftigung von anderen Arbeitnehmern führen.

Für die weitere Entwicklung der Erwerbsquoten wird wesentlich sein, ob die Quoten für die Älteren weiter erhöht werden können. Darüber hinaus gibt es in Deutschland noch immer eine große Differenz zwischen den Erwerbsquoten von Frauen und Männern. Je nach Altersgruppe liegt die Erwerbsquote von Frauen zwischen 10 und 18 Prozentpunkten unter der von Männern. In benachbarten europäischen Ländern liegen die Quoten sehr viel dichter beieinander. Hier zeigt sich die in Deutschland noch immer relativ schlecht gelöste Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Durch Änderung der Rahmenbedingungen ließe sich allerdings das Erwerbspersonenpotenzial erhöhen. Nicht nur die – schrittweise – Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre und der längere Verbleib Älterer im Berufsleben bedeuten für sich eine Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials. Auch durch eine stärkere Integration von Frauen in die Erwerbstätigkeit könnten nach Aussagen der Bundesagentur für Arbeit (BA) bis zum Jahr 2025 bis zu drei Millionen Vollzeit-arbeitsplätze gewonnen werden (HA vom 22./23.1.2011).

Regionale Arbeitsmarktdisparitäten

Ein Blick auf die regionalen Arbeitslosenquoten zeigt, dass der deutsche Arbeitsmarkt von erheblichen regionalen Disparitäten geprägt ist (vgl. Abbildung 4). Die Spannweite der Arbeitslosenquoten reicht von 1,7 Prozent im bayerischen Kreis Eichstätt bis hin zu 17,0 Prozent im Kreis Demmin in Mecklenburg-Vorpommern. Besonders auffällig ist dabei ein starkes Ost-West-Gefälle: Der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 6,1 Prozent im Westen steht eine Quote von 11,2 Prozent im Osten Deutschlands gegenüber. Bis auf wenige Kreise in Thüringen lagen die Arbeitslosenquoten in allen anderen ostdeutschen Kreisen über dem Bundesdurchschnitt von 7,2 Prozent. Allerdings ist die Arbeitslosigkeit auch innerhalb Westdeutschlands von starken regionalen Disparitäten gekennzeichnet. Insbesondere ist dabei ein Nord-Süd-Unterschied festzustellen. Während Bayern (4,0 Prozent), Baden-Württemberg (4,3 Prozent), Rheinland-Pfalz (5,4 Prozent) und Hessen (6,0 Prozent) unter dem westdeutschen Durchschnitt liegen, verzeichnen alle anderen Bundesländer eine deutlich höhere Arbeitslosenquote. Es zeigen sich darüber hinaus auch Disparitäten innerhalb der Bundesländer. So reicht die Spannweite der Arbeitslosenquoten beispielsweise in Thüringen von 5,1 Prozent in Sonneberg bis 13,0 Prozent in Gera. Insgesamt zeigt sich auch, dass die Arbeitslosigkeit in den Städten deutlich ausgeprägter ist als in den umliegenden Landkreisen. Dies ist allerdings dadurch zu erklären, dass viele Einwohner des Umlands in der Stadt Arbeit finden.

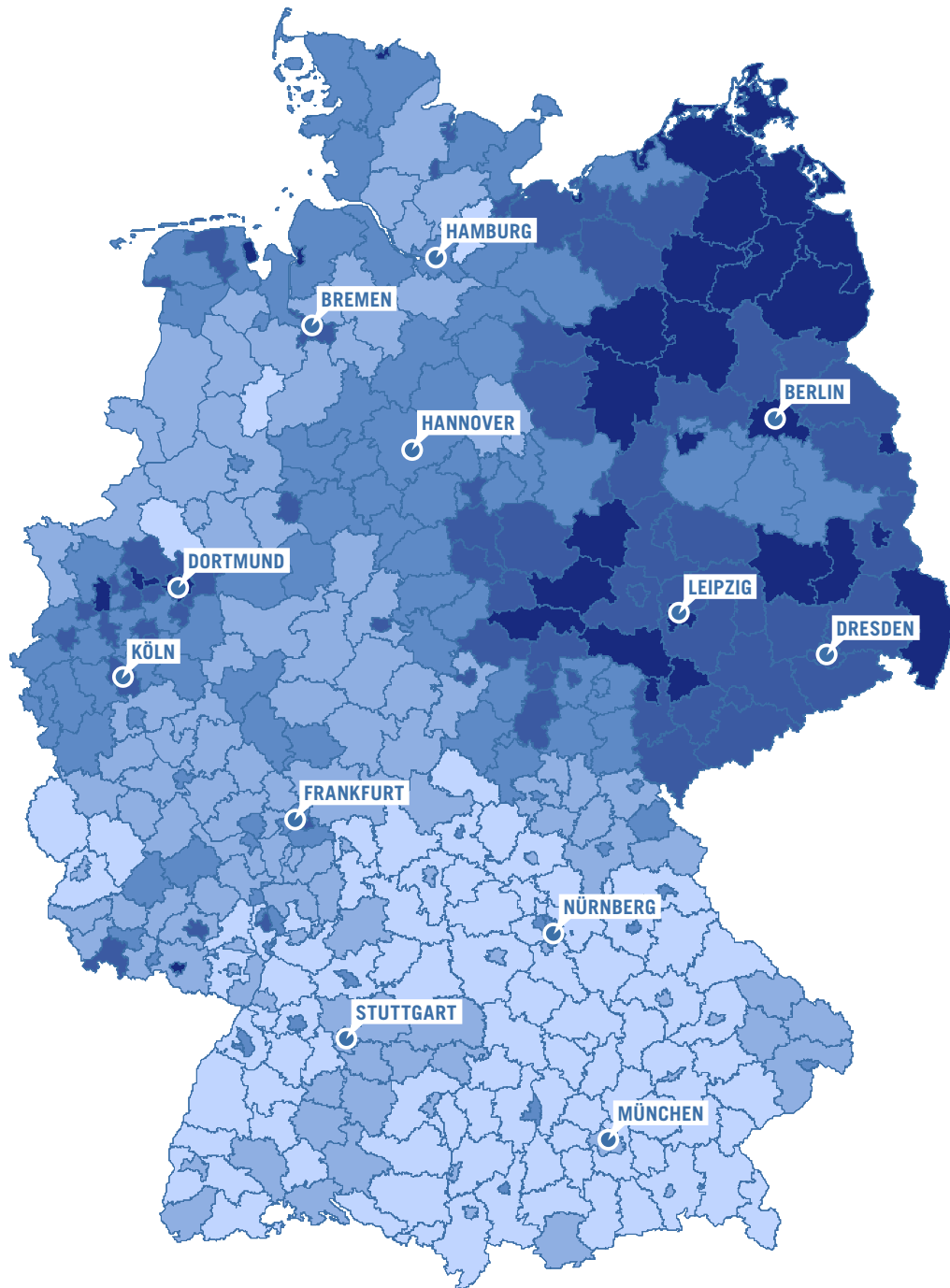


Häuser in der Goethestraße in Demmin

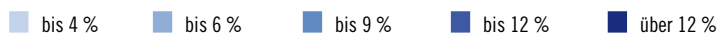
Festzustellen ist, dass sich die Disparitäten der regionalen Arbeitslosenquoten enorm verfestigt haben: Jene Regionen, welche im Jahr 2000 eine hohe Arbeitslosigkeit verzeichneten, wiesen auch 2008 eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf.

Abbildung 4:

Arbeitslosenquoten in deutschen Kreisen und kreisfreien Städten



Arbeitslosenquote Dezember 2010

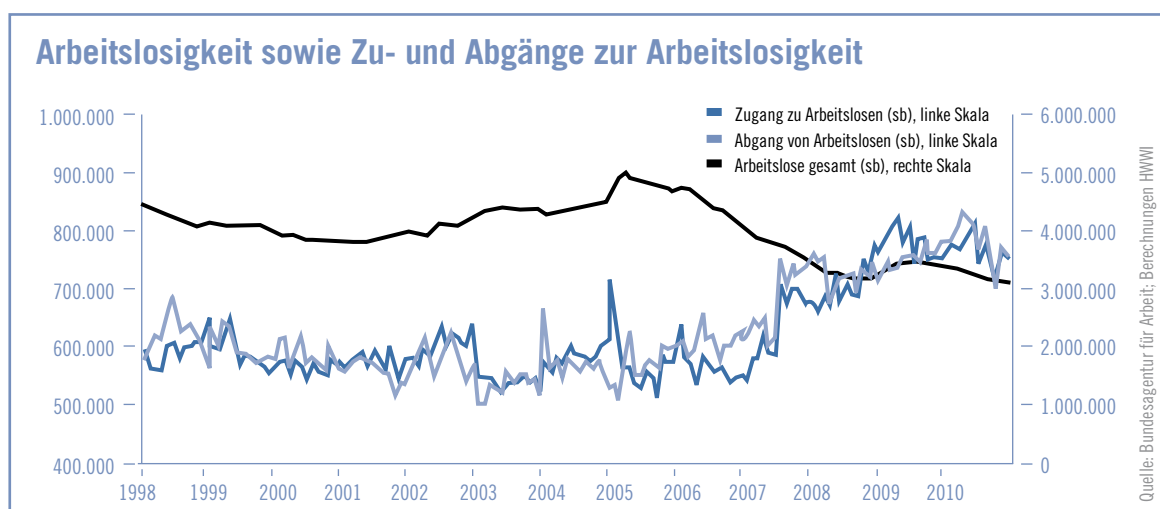


Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2010); Darstellung des HWWI

Die Dynamik des deutschen Arbeitsmarkts

Rund zwei Drittel der registrierten Arbeitslosigkeit in Deutschland resultieren aus Suchprozessen und sind relativ kurzfristig. Dabei zeigt die Zahl von mehr als neun Millionen Arbeitssuchenden und Arbeitsfindenden im Jahr 2010 die große Dynamik am Arbeitsmarkt. Um das Wesen der Arbeitslosigkeit besser zu verstehen, muss man sich vor Augen führen, dass sowohl in Phasen der Hochkonjunktur als auch in Rezessionen eine sehr große Zahl von Arbeitskräften auf Arbeitssuche ist. Die Mehrzahl dieser Arbeitssuchenden findet nach einigen Monaten eine neue Stelle. Abbildung 5 zeigt Zu- und Abgänge zur Arbeitslosigkeit und die Zahl der Arbeitslosen auf Basis von saisonbereinigten Monatswerten. Deutlich zu erkennen ist, dass die Dynamik am Arbeitsmarkt seit 2006 zugenommen hat und nunmehr jeden Monat nahezu 800.000 Personen arbeitslos werden und die etwa gleiche Anzahl die Gruppe der Arbeitslosen wieder verlässt. Selbst in schweren Konjunkturflauten wie 2009 wurden nicht nur in größerem Umfang Arbeitskräfte entlassen, sondern eine fast ebenso große Zahl von Personen eingestellt.

Abbildung 5:



POLITIK FÜR VOLLBESCHÄFTIGUNG

Vollbeschäftigung in Sicht

Was bleibt zu tun, damit die positive Dynamik Richtung Vollbeschäftigung in Deutschland ihren Schwung behält? Wann und unter welchen Bedingungen kann Vollbeschäftigung erreicht werden? Bei weiterem Wachstum und einem sinkenden Erwerbspersonenpotenzial geht die Arbeitslosenquote weiter zurück. Abbildung 6 zeigt, dass der Vollbeschäftigungskorridor 2015 erreicht werden könnte. Dann würde die Arbeitslosenquote unter fünf Prozent fallen. Bis 2019 könnte auch die Unterbeschäftigungsquote unter diese Grenze fallen. Die Arbeitslosenquote würde dann nur noch bei drei Prozent liegen, sodass fast die untere Grenze des Korridors erreicht wäre.

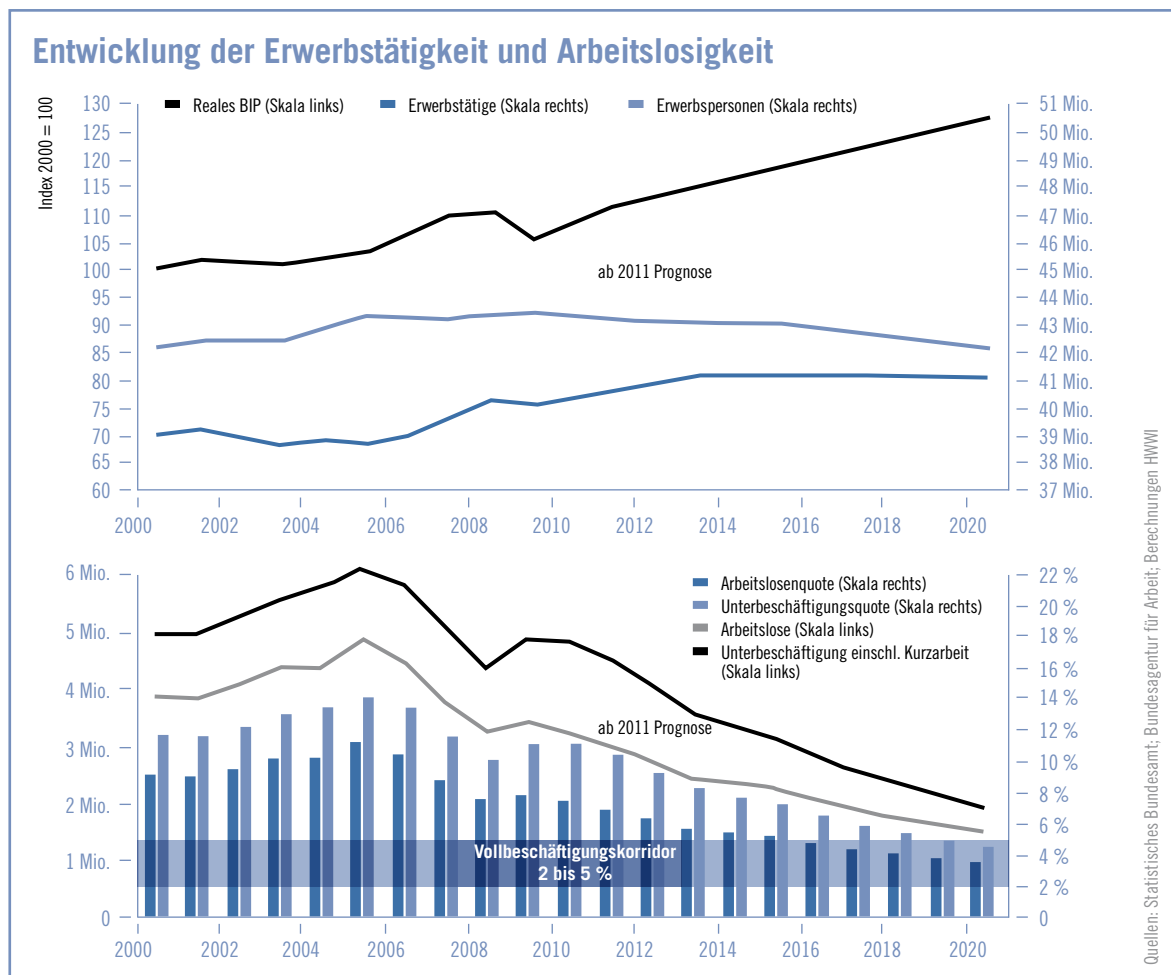
Vollbeschäftigung ist in Deutschland möglich. Damit diese erreicht werden kann, muss zum einen die erfolgreiche Politik des vergangenen Jahrzehnts fortgeführt werden. Zum anderen müssen weitere Reformen erfolgen, um noch vorhandene Strukturprobleme am Arbeitsmarkt zu lösen.

Von entscheidender Bedeutung für das Vollbeschäftigungsziel ist eine deutliche Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit. Derzeit sind über eine Million Arbeitslose länger als ein Jahr arbeitslos und gehören damit in diese Kategorie. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist seit 2005 deutlich zurückgegangen. In Teilen ist dies auf die gute konjunkturelle Entwicklung in den Jahren 2005 bis 2008 zurückzuführen. In der Regel haben aber „normale“ Arbeitslose mehr vom Konjunkturverlauf profitiert als Langzeitarbeitslose. Langzeitarbeitslosigkeit ist sehr häufig mit bestimmten individuellen Charakteristika verbunden, welche zu geringen Einstellungschancen führen. Zu diesen Charakteristika gehören neben dem Alter insbesondere das Bildungsniveau und die familiäre Situation. So finden sich unter den Langzeitarbeitslosen vor allem Ältere, überproportional häufig gering Qualifizierte und auch besonders viele Alleinerziehende.

Definitionen der Vollbeschäftigung

Ein eindeutiges Maß für Vollbeschäftigung ist weder in Form einer absoluten Arbeitslosenzahl noch in Form einer bestimmten Arbeitslosenquote zu definieren. Diese können einmal aufgrund unterschiedlicher methodischer und statistischer Abgrenzungen und Erfassungsmethoden divergieren, zum anderen ist es eine politische und gesellschaftliche Frage, welche Höhe der Arbeitslosigkeit hingenommen wird. Entsprechend gibt es ein gewisses Spektrum für die Definition der Vollbeschäftigung. Eine gesellschaftlich akzeptierte Arbeitslosigkeit könnte bei fünf Prozent liegen. Dabei ist die gesellschaftlich akzeptierte Höhe der Arbeitslosigkeit keine Konstante, sondern von den institutionellen Regeln des Arbeitsmarkts abhängig (vgl. dazu Blanchard und Katz, 1997). Außerdem wird es durch die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt immer eine Quote von etwa zwei Prozent geben. Die Spannweite dieses Spektrums reicht insofern von zwei bis fünf Prozent, die in nachfolgender Abbildung 6 als „Vollbeschäftigungskorridor“ eingezeichnet ist. Für die Entwicklung der Unterbeschäftigung (in der weitesten Abgrenzung, einschließlich Kurzarbeitsäquivalent) wurde davon ausgegangen, dass sich die Relation zur registrierten Arbeitslosigkeit zunächst wie üblich aus konjunkturellen Gründen wieder vermindert und später dann aus demographischen Gründen im Laufe der Zeit allmählich geringer wird.

Abbildung 6:



Einstellungschancen von Älteren verbessern

Die Arbeitslosenquote ist in den verschiedenen Altersgruppen – mit Ausnahme der Jugendarbeitslosigkeit – weitgehend konstant (vgl. Reinberg und Hummel 2007). Aber die Dauer der Arbeitslosigkeit und damit auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen nehmen mit dem Alter zu. Da die Wahrscheinlichkeit, entlassen zu werden, unter anderem kündigungsschutzbedingt mit dem Alter abnimmt, ist die höhere Arbeitslosigkeit wesentlich auf eine geringere Einstellungswahrscheinlichkeit zurückzuführen. Diese geringere Einstellungsdynamik führt dann auch zu einer verlängerten durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit. Für die geringe Dynamik auf dem Markt für ältere Arbeitnehmer gibt es verschiedene Gründe: Einer besteht darin, dass Ältere im Vergleich zu ihrer Produktivität höhere Löhne verlangen. Hier sind flexiblere Tarife die Lösung. Eine andere Ursache liegt darin, dass für ältere Arbeitnehmer betriebspezifische Investitionen in Humankapital weniger rentabel sind als für jüngere. Sowohl aus der Sicht der Arbeitnehmer als auch aus der Sicht der Arbeitgeber reduziert sich damit der Anreiz, in Aus- und Weiterbildung zu investieren. Dies könnte sich aufgrund des demografischen Wandels und des zunehmenden Fachkräftemangels



Der Autobauer BMW hat in Dingolfing seine erste speziell für ältere Arbeitnehmer optimierte Fertigung für Achsgetriebe in Betrieb genommen.

gels ändern. Durch beide Entwicklungen werden Investitionen in das Humankapital auch bei älteren Arbeitnehmern aus Unternehmenssicht rentabler. Die eingeschränkten Möglichkeiten zum Vorruhestand in Verbindung mit der länger andauernden Nachfrage nach der eigenen Arbeitskraft verbessern auch die Bildungsanreize für ältere Arbeitnehmer. Im Gegensatz dazu ist die verlängerte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I kontraproduktiv. Um die Einstellungsdynamik zu erhöhen, ist daher eine Liberalisierung des Arbeitsmarkts für ältere Arbeitnehmer besonders bedeutsam.

Mehr Chancen für gering Qualifizierte

Bildung ist insgesamt eine der wesentlichen Determinanten der Arbeitslosigkeit. So hatten nach der Statistik der Bundesagentur für Arbeit im September 2010 in Deutschland 43 Prozent der Arbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung. Dabei betrug der Anteil der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung im Rechtskreis SGB III nur 23 Prozent. Im Rechtskreis SGB II, in dem die Langzeitarbeitslosen sehr viel stärker vertreten sind, lag der Anteil aber bei 54 Prozent. Im Bereich der gering Qualifizierten können arbeitsmarktpolitische Programme helfen. Wesentlich ist aber auch die Schaffung von Stellen für gering Qualifizierte. Impulsgeber für diese Entwicklung könnte der Dienstleistungssektor sein, insbesondere der Gesundheitssektor. Hier ist schon in den vergangenen Jahren die Beschäftigung stark ausgeweitet worden und aufgrund des demografischen Wandels wird sich dieser Trend fortsetzen. Allerdings besteht bei der Beschäftigung von gering Qualifizierten häufig das Problem, dass deren Produktivität nur geringe Löhne erlaubt. Gegebenenfalls liegen diese nur wenig über oder sogar unterhalb dessen, was gesellschaftlich als sozial akzeptable Einkommensuntergrenze betrachtet wird. Um diese Problematik zu umgehen, fordern Teile der Politik Mindestlöhne. Diese würden aber nur in einigen Fällen tatsächlich zu einer besseren Entlohnung der gering qualifizierten Beschäftigten führen. In weiten Teilen würden die Mindestlöhne die Beschäftigung der gering Qualifizierten verhindern und damit das Problem der Arbeitslosigkeit vergrößern.

Zwei zentrale Maßnahmen bieten sich an, die Beschäftigung und die relative Lohnposition von gering Qualifizierten zu verbessern. Noch immer ist in Deutschland die Belastung des unteren Lohnbereichs mit Abgaben sehr hoch. So führen schon die Sozialabgaben für sozialversicherungspflichtige Einkommen dazu, dass die Nettoeinkommen 40 Prozent unterhalb der Arbeitskosten liegen. Sofern das Einkommen zum Eingangssteuersatz von 14 Prozent besteuert wird, klafft die Schere zwischen Arbeitskosten und Nettolöhnen bei über 50 Prozent auseinander – abgesehen von sonstigen indirekten Arbeitskosten. Damit die Arbeitskosten durch die Produktivität gedeckt sind und es zugleich Arbeitsanreize für gering Qualifizierte gibt, muss diese Schere geschlossen werden. Insofern besteht eine wesentliche Maßnahme zur Verbesserung der Beschäftigung von gering Qualifizierten in der Absenkung der lohnabhängigen Sozialversicherungsbeiträge. Dies kann durch weitere Steuerfinanzierung geschehen. Alternativ könnte aber auch ein größerer Teil der Sozialabgaben unabhängig vom Einkommen erhoben werden.

Arbeitskosten und Löhne orientieren sich an der individuellen Produktivität der Beschäftigten. Im Gegensatz dazu sind sozialverträgliche Mindeststandards vom Einkommen und von der sozialen und familiären Situation abhängig. Deshalb müssen die Löhne von bestimmten Arbeitnehmern durch Zuschüsse ergänzt werden. Diese müssen so gestaltet sein, dass die Gesamteinkommen nach Steuern und Transfers steigen, wenn der Lohn zunimmt. So haben die Beschäftigten ein Interesse an höheren Löhnen und es ist nicht möglich, dass die Arbeitgeber den Lohn auf Kosten der Allgemeinheit nach unten drücken.

Für die weitere Entwicklung der Beschäftigung ist es von besonderer Bedeutung, die Zahl der gering Qualifizierten zu reduzieren. Dazu ist es notwendig, die in den nächsten Jahren demografisch bedingt ausscheidenden Arbeitnehmer mit geringen Qualifikationen durch solche mit besseren Qualifikationen zu ersetzen. Dies setzt eine Verbesserung des Schul- und Bildungssystems voraus. Insofern sind die weiteren Arbeitsmarktentwicklungen wesentlich von der Bildungspolitik abhängig.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärken

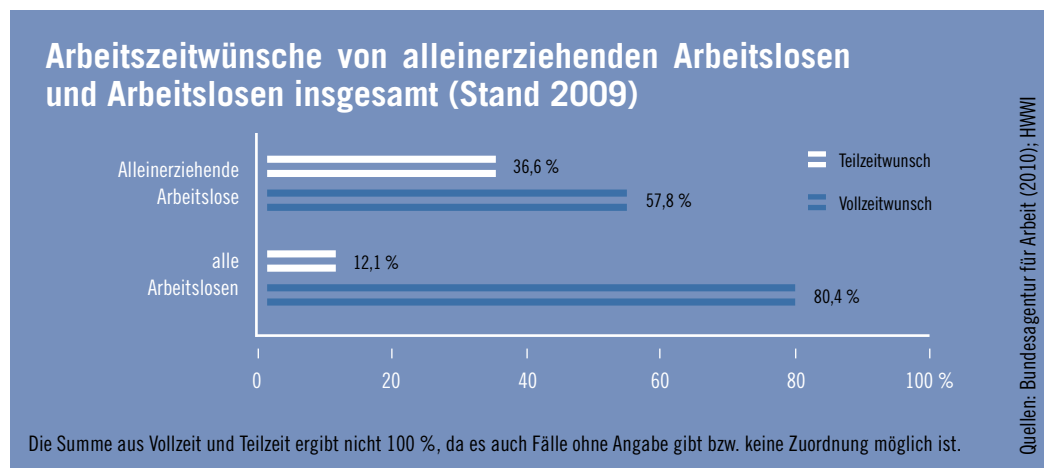
Eine weitere wesentliche Gruppe der Langzeitarbeitslosen sind die Alleinerziehenden. Sie sind durchschnittlich 47 Wochen ohne Beschäftigung, während der Durchschnitt aller Arbeitslosen bei 33 Wochen liegt. Auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist mit 41 Prozent unter den arbeitslosen Alleinerziehenden besonders ausgeprägt – im Vergleich zu einem Anteil von 33 Prozent unter allen Arbeitslosen. Gleichzeitig sind die alleinerziehenden Arbeitslosen im Schnitt besser qualifiziert als die Langzeitarbeitslosen insgesamt. Insofern ist von Seiten des Arbeitsmarkts eine Verbesserung der Beschäftigungssituation möglich. Voraussetzung dafür ist jedoch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z. B. durch verbesserte Kinderbetreuungsangebote, aber auch durch vermehrte Teilzeitstellen (vgl. Bräuninger, Tolciu und Zierahn, 2010).



Erzieherin musiziert mit einer Gruppe von Kindern in einem Kindergarten in Hannover.

Außerdem bedarf es einer Qualifikationsoffensive für gering qualifizierte Alleinerziehende, insbesondere jener Bezieher von ALG II. Diese Personen werden den Drehtüreffekt aus Hilfsbedürftigkeit, Übergang in prekäre Beschäftigung und Rückfall in erneute Hilfsbedürftigkeit nur durch höhere Bildungsabschlüsse und dadurch verbesserte Beschäftigungsoptionen überwinden können.

Abbildung 7:

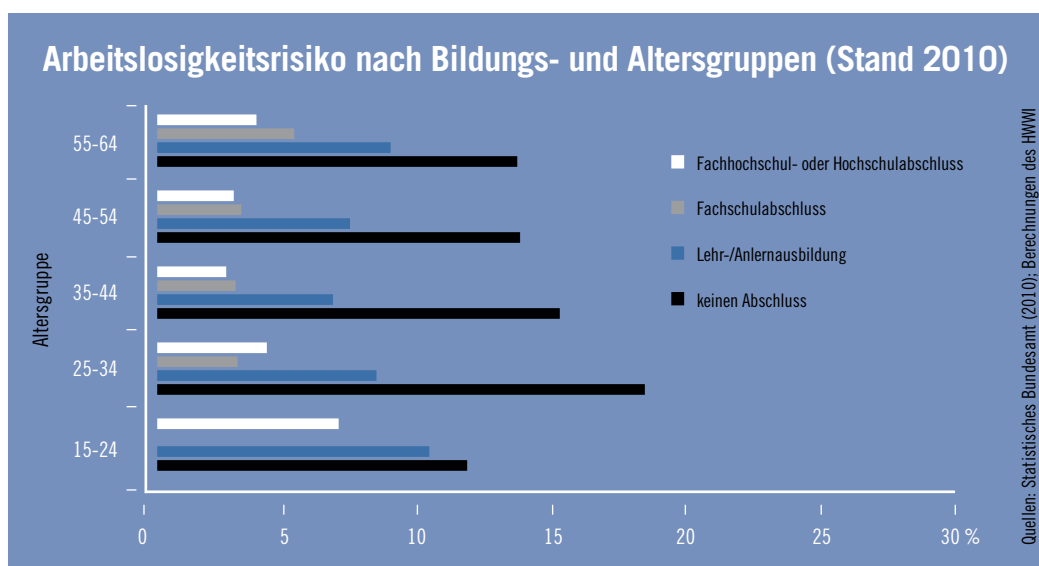


Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen

Um das Ziel der Vollbeschäftigung realisieren zu können, bedarf es neben einer gezielten Politik zur Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit einer Politik, die auf Fachkräfte zielt. So erhöhen Investitionen in Sach- und Humankapital die Kapitalintensität und damit die Arbeitsproduktivität – auch der gering Qualifizierten. Darüber hinaus sind qualifizierte und gering qualifizierte Arbeit in Teilen komplementäre Faktoren. Und letztlich entsteht durch steigende Beschäftigung und steigendes Einkommen von qualifizierten Arbeitskräften zusätzliche Güternachfrage, die zu einer Verbesserung der Beschäftigung insgesamt beiträgt. Deshalb sollte eine Politik der Vollbeschäftigung nicht nur einseitig, sondern mehrseitig ausgerichtet sein. Sie soll die Schwachen stärken, ohne zu vernachlässigen, dass sie dafür der Starken und deren Stärken bedarf.

Wie Abbildung 8 zeigt, hängt das Arbeitslosigkeitsrisiko klar vom Bildungshintergrund ab. So ist das Risiko für Fachhochschul- und Hochschulabsolventen aller Altersgruppen (mit Ausnahme der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen) am geringsten und beträgt z. T. unter drei Prozent. Hingegen ist die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein, für ungelernete Arbeitskräfte aller Altersgruppen erwartungsgemäß am größten und beträgt mindestens 11,7 Prozent. Die Daten zeigen auch, dass ein höheres Arbeitslosigkeitsrisiko kein Altersphänomen ist. Zumindest unterscheiden sich die Wahrscheinlichkeiten nach Bildungsabschlüssen der ältesten Gruppe nicht nennenswert von anderen Altersgruppen.

Abbildung 8:



Effiziente Regionalpolitik – Unterschiede zulassen

Schon heute gibt es große regionale Unterschiede bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Dies zeigt der Vergleich der Arbeitslosenquoten, die im Jahr 2010 zwischen 4,5 Prozent in Bayern und 13,6 Prozent in Berlin lagen. Und auch innerhalb der Bundesländer gibt es große Divergenzen. Ein weiterer Beschäftigungsaufbau in Deutschland dürfte insbesondere in jenen Regionen stattfinden, in denen die Arbeitslosigkeit schon heute gering ist (vgl. Schlitte und Zierahn, 2011). Es wird jedoch auch Regionen geben, die kaum vom bundesweiten Beschäftigungsaufbau profitieren werden. Diese Regionen weisen häufig eine periphere Lage auf, haben eine ungünstige Branchenstruktur, ein niedriges Produktivitätsniveau und leiden unter der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Diese Regionen werden auch künftig für Unternehmen keine attraktiven Standorte darstellen. Dort werden auch wirtschaftspolitische Maßnahmen kaum in der Lage sein, eine solche Entwicklung zu verhindern. Wegen des Fachkräftemangels in prosperierenden Regionen wird es für die dort angesiedelten Unternehmen wichtig, Arbeitskräfte aus anderen Regionen anzuwerben und deren Mobilitätsbereitschaft aktiv zu fördern. Dies sollte nicht durch staatliche Maßnahmen der Regionalförderung oder der Arbeitsmarktpolitik konterkariert werden. In den strukturschwachen Regionen werden insbesondere Ältere und solche Personen verbleiben, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen. Diese profitieren zwar von niedrigen Mieten und Immobilienpreisen, aber den Städten und Gemeinden stehen für die Bereitstellung von öffentlichen Gütern kaum noch Mittel zur Verfügung. Deshalb muss die regionale Konzentration von Wertschöpfung und Beschäftigung durch regionalpolitische Maßnahmen begleitet werden.

LOHNENTWICKLUNG, WACHSTUMSSZENARIO UND BESCHÄFTIGUNG

Lohnentwicklung und Vollbeschäftigung

Der Verteilungsspielraum der Lohnpolitik ergibt sich aus dem Produktivitätswachstum und der Zielinflation der Zentralbank. In den Jahren seit 2000 hat die Lohnpolitik diesen Verteilungsspielraum nicht ausgeschöpft und damit eine wesentliche Grundlage für die gute Arbeitsmarktentwicklung gelegt. So hat die Lohnpolitik auch wesentlich zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit beigetragen. Darüber hinaus hat auch die Lohnspreizung deutlich zugenommen, was die Beschäftigungssituation von gering Qualifizierten verbessert hat. Diese sehr beschäftigungskonforme Lohnpolitik ist zumindest in Teilen auf die Arbeitsmarktreflexionen und den damit ausgelösten Druck zur Arbeitsaufnahme herbeigeführt worden (vgl. Sachverständigenrat, 2008).

Es stellt sich nun die Frage, ob und inwieweit die moderate Lohnpolitik fortgesetzt wird, wenn sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter bessert. Um diese Frage zu analysieren, wird auf das Konzept der NAIRU (Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment) zurückgegriffen. Die NAIRU ist die Arbeitslosenquote, bei der die Verteilungsspielräume gerade ausgeschöpft werden. Insofern kann die NAIRU so interpretiert werden, dass bei dieser Arbeitslosenquote die Tarifpartner mit der Beschäftigung zufrieden sind. Sofern die Arbeitslosenquote unterhalb der NAIRU fällt, würden die Lohnerhöhungen oberhalb des Verteilungsspielraums liegen. In diesem Fall würden die Preise stärker steigen als von der Zentralbank gewünscht. Dies würde zu einer restriktiveren Geldpolitik und damit zu geringerem Wachstum sowie geringerer Beschäftigung führen. Außerdem geht aufgrund der Preissteigerungen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zurück. Beide Prozesse führen dazu, dass die Arbeitslosigkeit wieder auf das Niveau der NAIRU ansteigt. Empirische Schätzungen gehen in der Regel davon aus, dass sich die NAIRU im Zeitverlauf verändert (vgl. Turner u. a., 2001). Dabei ist die NAIRU von institutionellen Parametern der Lohnverhandlungen sowie der Dauer und Höhe der Lohnersatzleistungen abhängig (vgl. Bell u. a., 2000).

In den vergangenen Jahren lag die Arbeitslosigkeit immer deutlich oberhalb der NAIRU. Die Folge waren moderate Lohnerhöhungen, die wesentlich zur Verbesserung der Beschäftigung beigetragen haben. Entsprechend der Schätzung von Boll und Otto liegt die NAIRU derzeit bei 7,7 Prozent (vgl. Boll und Otto 2011). Dies würde darauf hindeuten, dass von der Lohnseite kaum noch Spielräume für eine Zunahme der Beschäftigung vorhanden sind. Allerdings kann sich die NAIRU weit verschieben. Im Frühjahr 2011 deutet sich an, dass die Lohnsteigerungen höher ausfallen als in den Vorjahren. Dennoch wird das Beschäftigungsziel in den Tarifverhandlungen weiter berücksichtigt. Somit ist eine weitere Verbesserung der Beschäftigung möglich. Allerdings gibt es auch erhebliche Risiken: In den vergangenen Monaten ist es, wie schon im Jahr 2008, zu erheblichen Steigerungen bei den Rohstoffpreisen gekommen. Diese erhöhen (zunächst vorübergehend) die Inflationsrate und reduzieren damit die Realeinkommen. Sofern versucht wird, dies durch Lohnerhöhungen auszugleichen, würden dauerhaft höhere Inflationsraten die Folge sein. Demzufolge müsste die Zentralbank mit einer restriktiveren Politik einschreiten und die Leitzinsen anheben. Die Folge wäre ein schwächeres Wachstum und damit auch eine geringere Beschäftigung.

Zugrunde liegendes Wachstumsszenario

Für die kurzfristige, konjunkturelle Entwicklung des BIP-Wachstums wird hier die im März 2011 aktualisierte HWWI-Prognose vom Dezember 2010 verwendet. Danach wird das Bruttoinlandsprodukt 2011 um 2,3 Prozent und 2012 um 1,7 Prozent wachsen. Für den darüber hinaus gehenden Projektionszeitraum wird ein Potenzialwachstum in Höhe von 1,4 Prozent zugrunde gelegt. Diese Annahme liegt etwas oberhalb von den vorherrschenden Schätzungen verschiedener Institutionen (Sachverständigenrat, Bundesbank, Gemeinschaftsdiagnose, OECD, IWF) und auch etwas höher als der längerfristige Durchschnitt des Wachstums des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland. Dabei ist die optimistische Einschätzung auf die Erwartung von relativ starken Investitionen aufgrund von niedrigen Realzinsen zurückzuführen. Die Investitionen tragen direkt zu einem höheren Wachstum des Kapitalstocks und damit zu einer Ausweitung des Produktionspotenzials bei. Darüber hinaus ist technischer Fortschritt in großen Teilen an den Kapitalstock gebunden. Deshalb dürfte sich mit den Investitionen auch der Produktivitätsfortschritt beschleunigen.

Alternative Wachstumsszenarien

Sicherlich gibt es auch denkbare, positivere Wachstumsszenarien als dieses. Momentan gibt es einige Anzeichen dafür, dass sich die US-Wirtschaft dynamischer aus der Krise lösen könnte als noch vor Kurzem erwartet. Da die US-Wirtschaft nach wie vor die dominierende Wirtschaft in der Welt ist, würde das auch der Weltwirtschaft zusätzlichen Auftrieb verleihen. Deutschland würde als exportstarkes Land davon in besonderer Weise profitieren. Der Wachstumspfad würde dann in der nächsten Zukunft steiler ausfallen als im vorgestellten Szenario – mit entsprechend positiven Wirkungen auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Vollbeschäftigung könnte dann noch früher erreicht werden.

Umgekehrt sind auch negativere Szenarien bis hin zu einem Rückfall der Weltwirtschaft in eine Rezession vorstellbar. Die europäische Schuldenkrise ist momentan der größte Unsicherheitsfaktor. Risiken bergen aber auch etwaige Blasenbildungen in den besonders stark expandierenden Schwellenländern oder ein „Double-Dip“ in den USA, falls es etwa an den Immobilienmärkten noch einmal zu größeren Problemen käme. Über das Ausmaß solcher Entwicklungen ließe sich allenfalls spekulieren. Vermutlich hätten sie aber wegen der bereits angespannten Situation, insbesondere was die Staatsverschuldung in vielen Ländern betrifft, noch nachhaltigere negative Wirkungen auf die Weltwirtschaft als die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt wären dann wahrscheinlich wesentlich ungünstiger und länger anhaltend.

Auch die Auswirkungen der Naturkatastrophe und des Nuklearunfalls in Japan sind schwer abzuschätzen. Sicherlich wären die Wirkungen für Japan und die Weltwirtschaft schwerwiegend, wenn es zu einer nuklearen Katastrophe kommt. Sofern sich die Krise nicht weiter ausweitet, sollten auch die wirtschaftlichen Schäden für Japan und die Weltwirtschaft beherrschbar sein. Allerdings könnten auch hier psychologische Effekte zu einer konjunkturellen Wende führen.

LITERATUR

Bell, B., Nickell, S., Quintini, G. (2000): Wage Equations, Wage Curves and All That, CEP Discussion Papers 0472, Centre for Economic Performance, LSE, London.

Blanchard, O., Katz, L. F. (1997): What We Know and Do Not Know About the Natural Rate of Unemployment, *Journal of Economic Perspectives* 1 (11), 51-72.

Boll, C. und Otto, A. (2011): Die natürliche Rate der Arbeitslosigkeit in Deutschland, in: Straubhaar (Hrsg.), *Ist Vollbeschäftigung möglich?*, Hamburg, 51-71.

Bräuninger, M.; Tolciu, A.; Zierahn, U. (2010): Arbeitszeitflexibilisierung als Wettbewerbsvorteil, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hamburg.

Reinberg, A.; Hummel, M. (2007): Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 und die Einführung der Hartz-IV-Reform, IAB Forschungsbericht Nr. 9/2007.

Sachverständigenrat (2008): Jahresgutachten: Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken.

Schlitte, F. und Zierahn, U. (2011): Regionale Arbeitsmarktdisparitäten, in: Straubhaar (Hrsg.), *Ist Vollbeschäftigung möglich?*, Hamburg, 27-50.

Turner, D., Boone, L., Giorno, C., Meacci, M., Rae, D., Richardson, P. (2001): Estimating the structural rate of unemployment for the OECD countries, *OECD Economic Studies* 33 (2001/II), 171-216.

INHALT DES GESAMTEN GUTACHTENS

Politik für die Vollbeschäftigung

(von Michael Bräuninger und Thomas Straubhaar)

- 1 Hervorragende Ausgangsbedingung
 - 2 Welche Politik ist notwendig?
 - 3 Zusammenfassung
- Literaturverzeichnis
-

Vollbeschäftigung in Reichweite – eine Projektion

(von Michael Bräuninger und Jörg Hinze)

- 1 Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
 - 1.1 Die Entwicklung im letzten Jahrzehnt
 - 1.2 Gründe für die positive Entwicklung seit 2005
 - 2 Eine Projektion von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit
 - 2.1 Determinanten der Entwicklung des Arbeitsangebots
 - 2.2 Determinanten der Arbeitsnachfrage
 - 2.3 Lohnentwicklung
 - 2.4 Eine Projektion der zukünftigen Entwicklung
 - 3 Zusammenfassung
-

Regionale Arbeitsmarktdisparitäten

(von Friso Schlitte und Ulrich Zierahn)

- 1 Regionale Arbeitsmarktdisparitäten – jüngere Vergangenheit und Status quo
 - 2 Determinanten der regionalen Arbeitsmarktentwicklung
 - 2.1 Regionale Arbeitsmarktdisparitäten und die Lohnkurve
 - 2.2 Räumliche Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten
 - 2.3 Sektorale Spezialisierung und struktureller Wandel
 - 2.4 Demografische Entwicklung
 - 3 Ausblick und regionalpolitische Implikationen
- Literaturverzeichnis
-

Die natürliche Rate der Arbeitslosigkeit in Deutschland

(von Christina Boll und Alkis H. Otto)

- 1 Zur Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit
 - 2 Einflussgrößen der natürlichen Arbeitslosigkeit
 - 2.1 Sucharbeitslosigkeit
 - 2.2 Strukturelle Arbeitslosigkeit
 - 2.3 Bildung und Humankapital
 - 2.4 Lohnpolitik
 - 2.5 Arbeitslose Alleinerziehende
 - 3 Maßnahmen zur Senkung der natürlichen Arbeitslosigkeit
-

Anhang – Schätzung der NAIRU

Literaturverzeichnis

Das gesamte Gutachten finden Sie im
Internet unter www.insm.de/Studien

PUBLIKATIONEN

TEXTE ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT



Heft 6
März 2011

Ralph Brügelmann, Dr. Rolf Kroker,
Dr. Thilo Schaefer

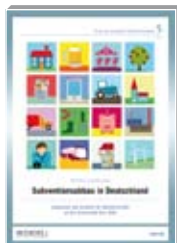
**Faktencheck Schuldenbremse und
Schuldencheck Bundesländer**
Eine Analyse des Instituts der deutschen
Wirtschaft Köln (IW)



Heft 3
September 2010

Ralph Brügelmann, Dr. Rolf Kroker

Haushaltskonsolidierung
Argumente für eine Begrenzung
staatlicher Defizite und Schulden



Heft 5
Januar 2011

Dr. Alfred Boss, Dr. Astrid Rosenschon

Subventionssabbau in Deutschland
Gutachten des Instituts für Weltwirt-
schaft an der Universität Kiel (IfW)



Heft 2
August 2010

Prof. Dr. Christoph Kaserer

**Staatliche Hilfen für Banken
und ihre Kosten**
Notwendigkeit und Merkmale
einer Ausstiegsstrategie



Heft 4
Oktober 2010

Dr. Joachim Ragnitz, Robert Lehmann,
Michaela May

Bilanz – 20 Jahre Deutsche Einheit
Gutachten vom Institut für Wirtschaftsforschung (ifo Dresden)



Heft 1
August 2010

Prof. Dr. Andreas Freytag

**Was ist neu an der Neuen
Sozialen Marktwirtschaft?**
Eine Agenda

WEITERE PUBLIKATIONEN



November 2010

INSM

Besser sparen
Kampagne der INSM zur
Haushaltskonsolidierung



Studie
April 2010

Prof. Dr. Rolf Peffekoven

Zur Reform der Mehrwertsteuer
Zurück zu einer generellen
Konsumbesteuerung



**Weitere Publikationen
und Studien unter**

www.insm.de/publikationen
www.insm.de/newsletter

IMPRESSUM

Autoren des Gutachtens: „Wege zur Vollbeschäftigung“

Christina Boll, Michael Bräuninger, Jörg Hinze, Alkis Otto,
Friso Schlitte, Thomas Straubhaar und Ulrich Zierahn
Verantwortlich für die Zusammenfassung: Michael Bräuninger und Thomas Straubhaar

Herausgeber:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – INSM GmbH
Georgenstraße 22
10117 Berlin

Geschäftsführer:

Hubertus Pellengahr

Projektleitung:

Thomas Bauer

Kontaktaufnahme:

Telefon: 030 / 27877 - 171
Telefax: 030 / 27877 - 181
E-Mail: info@insm.de

Grafische Gestaltung: Serviceplan Berlin GmbH & Co. KG

Druck: Druckzone GmbH & Co. KG, Cottbus

Stand: März 2011

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzungen für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.



Thomas Straubhaar

Prof. Dr. Thomas Straubhaar, geboren 1957 in Unterseen (Schweiz). 1981 Abschluss des Studiums der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern (Lic. rer. pol.). Von 1992 bis 1999 Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Seit 1999 Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik an der Universität Hamburg. Von 1999 bis 2006 Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Seit April 2005 Direktor und Sprecher der Geschäftsführung des Hamburgischen WeltWirtschaftsInstituts (HWWI).



Michael Bräuninger

Prof. Dr. Michael Bräuninger, geboren 1963 in Bremerhaven. Von 1982 bis 1988 Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Münster, Edinburgh und Hamburg. Von 2005 bis 2006 zuständig für den Bereich „Öffentliche Finanzen“ am Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA). Teilnahme an Gemeinschaftsdiagnose und Steuerschätzung. Von 1997 bis 2009 Privatdozent an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Seit 2006 Leiter der Themenfelder „Konjunktur und globale Märkte“ sowie „Energie und Rohstoffmärkte“ am Hamburgischen WeltWirtschaftsInstitut (HWWI). Seit 2009 Professor an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Seit Januar 2011 Forschungsdirektor am Hamburgischen WeltWirtschaftsInstitut (HWWI).